

SP will nicht über Staatsschutz-Budget debattieren

Basel. Der Grosse Rat befindet darüber, ob er die Budgetkürzung rückgängig machen will

PATRICK KÜNZLE

Das Parlament wird seinen Entscheid, dem Staatsschutz das Budget um ein Drittel zu kürzen, in seiner heutigen Sitzung voraussichtlich umstossen. Am Entscheid vom vergangenen Dezember festhalten will einzig die SP.

Es ist ein staatspolitisch ungewöhnlicher Vorgang. Weniger als ein Jahr ist es her, dass der Grosse Rat beschlossen hat, der Staatsschutz-Fachgruppe (FG) 9 die Mittel zu kürzen. Nun befindet er in seiner heutigen Sitzung darüber, seinen eigenen Entscheid rückgängig zu machen. Der Regierungsrat stellt dem Parlament diesen Antrag – in Form eines Nachtragskredits. Die Begründung: Die beschlossene Personalreduktion von sechs auf vier Stellen führe zu einem «Sicherheitsdefizit» für Basel.

Es zeichnet sich ab, dass der Grosse Rat seinen knappen Entscheid vom

Vorjahr (53 gegen 51 Stimmen) umstossen wird. Die bürgerlichen Parteien (inklusive Grünliberale) stimmen dem Antrag der Regierung zu. Opposition kommt einzig von den Sozialdemokraten.

PROTEST. Die SP will gar nicht erst im Parlament über den Nachtragskredit debattieren und hat Nicht-Eintreten zur Vorlage beschlossen. «Aus Protest gegen die Art des Vorgehens», wie Fraktionspräsidentin Christine Keller erklärt. Es sei stossend, dass die Regierung einen Entscheid des Grossen Rates derart rasch umkehren wolle.

Die SP kritisiert den Nachtragskredit aber auch aus inhaltlichen Gründen. Keller sagt: «Wir anerkennen zwar die Bemühungen der Regierung um Transparenz, aber in Sachen Staatsschutz-Aufsicht wurde noch nichts genehmigt.» Damit spricht sie

die von Sicherheitsdirektor Hanspeter Gass (FDP) vorgeschlagene Aufsichtsregel an, die Bundesrat Ueli Maurer (SVP) vor zehn Tagen abgelehnt hat.

Bemerkenswert, dass nicht einmal die SP geschlossen ist in ihrer Opposition. Tanja Soland, die vor Jahresfrist die Budgetkürzung beantragte, enthält sich diesmal der Stimme: «Der Kürzungsbeschluss hat sich als effizientes und sinnvolles Druckmittel erwiesen.» Sie sei dankbar dafür, «dass der Regierungsrat vorwärtsgemacht hat».

Der Stimme enthalten wird sich auch eine Mehrheit im Grünen Bündnis. Fraktionspräsidentin Elisabeth Ackermann begründet dies so: «Wir wollen damit ausdrücken, dass es eine wirksame Aufsichtsregelung für den Staatsschutz braucht.» Ob die FG 9 vier oder sechs Angestellte benötige, «können wir dagegen mit unserem Informationsstand nicht beurteilen».